

**Daß der Friede entweder das Proletariat ebenso über-
rumpelt wie der Krieg**

oder daß er als Frucht der Erschöpfung in einer Zeit-
punkt kommt, wo Anarchie und völlige Unmöglichkeit ruhiger
Ueberlegung eine Notlage geschaffen haben. In beiden Fällen
würde der historische Moment für die Internationale, die
Grundlage zum Weltfrieden zu schaffen, ungenützt
geblieben und dann würde die Inter-
nationale wirklich tot sein. Wenn die Sozial-
demokratie aber zur richtigen Zeit die Führung einer ener-
gischen Volksbewegung für den Frieden übernimmt, wird sie
bald die Klassen wieder für das sozialistische Ideal begeistern
und die Kraft und Selbständigkeit wiedergewinnen, die sie
sowohl für ihre internationale Friedensarbeit als auch für den
Kampf im eigenen Lande bedarf.

Wenn die sozialistischen Parteien der Kriegsländer diesen
Weg einschlagen, wird der Burgfriede nicht mehr bestehen
bleiben. Dies erachten wir für keinen Nachteil, sondern für einen
Vorteil. Bis heute haben wohl die Mehrheiten der sozialistischen
Parteien in Deutschland und Frankreich den Burgfrieden ernster
genommen, als dies von den großkapitalistischen und reaktio-
nären Parteien geschah. Freilich kann es Situationen geben, wo
eben zur Bekämpfung der imperialistischen Treibereien die
Sozialdemokratie die Regierung unterstützen
muß, die jenen widersteht. Dies kann aber auf die
Dauer nur gelten, wenn man der Regierung zutrauen kann,
daß sie im entscheidenden Augenblick bereit sein wird, die
wesentlichen Forderungen des sozialistischen Friedensprogramms
durchzuführen, und nicht selbst auf eine Lage hinsteuert, die den
Keim neuer Konflikte enthält. Wer aber wagt es, diese Ge-
fährdung bei der Regierung seines Landes zu verbürgen? Die
große Gefahr ist, daß ein Friede unter dem Einfluß
der imperialistischen Elemente des Finanz-
und Kolonialkapitals und der Kartell-
industrie gemacht wird, deren Einfluß in den

bürgerlichen Parteien bis heute so stark ist, daß ohne eine
energische antimilitaristische Aktion der sozialistischen Arbeiter-
klasse ein Friede in unserem Sinne nicht denkbar ist.

Alle Regierungen haben in dieser Kriegszeit die Not-
wendigkeit kennen gelernt,

**von der sozialistischen Arbeiterbewegung unterstützt zu
werden.**

Der Augenblick ist da, die Fortsetzung jener Unterstützung
abhängig zu machen von der Erfüllung wichtiger
Forderungen, sowohl was die Friedenspolitik der Regierung
als auch was die politische Stellung der Arbeiterklasse nach
dem Kriege betrifft. Werden jene Bedingungen nicht erfüllt,
dann soll die Sozialdemokratie wieder ihren eigenen Weg
gehen. So soll unter anderem die Sozialdemokratie zur
aktiven, direkten Teilnahme an der Feststellung der Friedens-
bedingungen herangezogen werden. In den Ländern, wo sie
einen Teil der Regierung ausmacht, kann dies der Fall sein,
namentlich wenn sich die Vertreter der Partei in der Regierung
nicht dazu hergeben, die Regierung mit ihrer Verantwortlichkeit
zu bedenken, wenn sich diese in einer dem sozialistischen Willen
entgegengesetzten Richtung bewegt; aber auch die aktive Mit-
arbeit der Parlamente und aller darin vertretenen Parteien
ist unbedingt zu fordern und die Delegationen der Regierungen
zum Friedenskongreß sollten in Ländern mit großen sozialisti-
schen Parteien auch sozialistische Vertreter enthalten.

Auch die Aussichten der inneren Politik fordern die
baldige

**Selbstbefreiung der Sozialdemokratie und ihre Rückkehr
zum Kampf für ihre eigenen Ideale**

und gegen die Klassen und Parteien, die den Burgfrieden
permanent machen wollen als das beste Mittel, die sozialistische
Arbeiterbewegung zu lähmen. Die erste Aufgabe der Partei
wird wohl sein, die vom Krieg geschaffenen neuen Möglich-
keiten zur Entwicklung der Gesellschaft in sozialistischer
Richtung voll auszunützen, damit sie nicht zur Verstärkung
des absolutistischen oder bürokratischen Staates und der
Abhängigkeit der Arbeiterklasse gebraucht werden. Ich denke
hier besonders an Deutschland, das eine ausgedehnte
soziale Fürsorge hat, wo aber die Arbeiterklasse keinen ernst-
haften Kampf zur Einführung des parlamentarischen Regimes
geführt hat. Die völlige Verwirklichung der bürgerlichen
Demokratie und des liberalen Staatsrechtes wird in der

kommenden Periode der Ausbreitung der Staatsmacht mehr
als je notwendig sein, daneben eine gewisse Dezentralisation,
Ausdehnung der Gemeindeautonomie und Heranziehung der
sozialen Organismen der Arbeiterklasse wie Gewerkschaften
und Genossenschaften zu den neuen Staatsfunktionen.
Ich weise ferner auf die dringenden aktuellen Fragen
der geplanten handelspolitischen Bündnisse, der Steuer-
politik, der Kolonialpolitik, auf die Frauenfrage und anderes
hin, die die Notwendigkeit der baldigen Wiederaufnahme der
gemeinsamen Beratung der sozialistischen Parteien zeigen.

Ich zweifle nicht daran, daß die Parteien auf
einer sozialistischen Friedenskonferenz
auch zu einem Einvernehmen über die noch strittigen Punkte
kommen werden. Die sozialistischen Parteien aller Länder
haben von Anfang an jede Annegionspolitik abgewiesen. Die
französische Partei hat sich auch gegen jenen Beschluß der
Pariser Wirtschaftskonferenz ausgesprochen, der die Fortsetzung
des Wirtschaftskrieges gegen die Zentralmächte im Frieden
bezweckt. Von den Verhandlungen der Vertreter der öster-
reichischen und deutschen Sozialdemokraten
habe ich den Eindruck empfunden, daß sie ein Bündnis nicht
zur wirtschaftlichen Bekämpfung der Ententeländer, sondern
zur Erleichterung des Verkehrs zwischen
beiden Staaten anstreben; ich gebe indes zu,
daß hier eine Gefahr besteht, und begrüße die Gelegenheit, die
uns diese Konferenz bietet, uns über diese Pläne und über die
Handelspolitik, die sich aus dem Friedensprogramm der Inter-
nationale ergibt, auszusprechen.

Was
die verschiedenen Nationalitätenfragen anlangt, so haben sich
die verschiedenen Nationen in diesem Kriege im allgemeinen
mit den Staaten, zu denen sie gehören, solidarisch erklärt. Die
Lösung der Nationalitätenfragen wird darum zumeist in
der nationalen Autonomie im demokratisierten Staate zu
finden sein.

Schwieriger ist vorläufig die Elsaß-Lothringische Frage.
Wenn aber kurz vor dem Kriege die deutsche und die französische
Partei dieselbe Resolution über Elsaß-Lothringen beschlossen
haben, worin sie die volle republikanische Autonomie und
staatsrechtliche Gleichberechtigung forderten, so muß man —
mag jene Lösung auch nur als ein Kompromiß zur Ver-
meidung des Weltkrieges erscheinen — erwarten, daß sich die
französischen und deutschen Sozialisten auch jetzt werden einigen
können, wo es sich um die Beendigung des Weltkrieges handelt.

Parteigenossen! Als Sozialisten der neutralen Länder
haben wir nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht,
ohne Leidenschaft und ohne Haß gegen
irgend eine Partei der Internationale
die Notwendigkeit der Aktion für den
Frieden zu besprechen. Sicherlich haben wir alle
unsere eigenen Sympathien und Antipathien, aber in unseren
Hergen lebt die Idee der Internationale gebietend fort und
darum haben wir auch das Recht darauf, von den streitenden
Parteien gehört zu werden. So hebe sich diese
Konferenz aus der rasenden See der
nationalen Leidenschaften als ein Eiland,
wo noch die Internationale wohnt! Dann
wird von ihr ein starker Drang ausgehen nach dem Frieden
zwischen den Sozialisten, der ersten Vorbedingung des Friedens
zwischen den Staaten.

Die Konferenz.

's Gravenhage, 31. Juli. Auf der Konferenz der
Neutralen sind anwesend dreizehn Delegierte aus Holland,
Dänemark, Argentinien, Schweden, den Vereinigten Staaten und

Spanien. Aus der Schweiz und aus Norwegen sind wegen
Pafschwierigkeiten keine Delegierten vertreten. Nach der
Eröffnungssrede Troelstras sprachen nachmittags
Branting im wesentlichen im Sinne der französischen
Parteimehrheit, Repetto, der eine entschiedene Freihandels-
politik forderte, Algernon Lee, der feststellte, daß die
amerikanische Partei die anfängliche Kriegskrise überwunden
und der Kampf gegen den Jingoismus im Welt erstarkt sei,
ferner Stauning, der Troelstras Standpunkt teilt, und
van Kol. Morgen tagen die politische und die ökonomische
Kommission. Nach Konferenzende findet am Mittwoch eine
Versammlung in Amsterdam statt. Vanderveelde sendete
ein Schreiben, worin er den Grund für das Fernbleiben der
belgischen Delegation darlegt und den belgischen Standpunkt
vertritt. Hunsman's wohnt der Konferenz bei, aber
inoffiziell, da die Konferenz den Charakter einer autonomen
Zusammenkunft der neutralen Länder hat.